Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährl. 2 Mark.
Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 204.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 204, Annoncen-Expedition „Invalidendank" in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 279. **Freitag den 28. November 1890.** **VIII. Jahrg.**

* Die Angst vor dem Zollkriege.

Vor nichts haben oder affektiren unsere Freihändler größere Furcht, als vor demjenigen Zustande der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen, den man Zollkrieg genannt hat. Wenn wir nicht dieses oder jenes thun, wenn wir nicht vermeiden, ein anderes Land durch diese oder jene handelspolitische Maßregel zu reizen, — so kann man alle Tage in den Freihandelsblättern lesen — dann bricht der Zollkrieg und mit ihm der Schrecken aller Schrecken herein. Merkwürdiger Weise taucht dieses Zollkriegsgespenst stets dann auf, wenn, was wir thun wollen, auf dem Wege des Schutzes unserer nationalen Wirthschaftsinteressen liegt, oder wenn, was die Freihändler zu thun uns rathen, uns einige Schritte dem Freihandel näher bringt. Das Zollkriegsgespenst hat also stets einen drohenden Charakter für uns, es wendet sich niemals gegen andere, es ist ein aufrichtig freihändlerisch gesonnenes Gespenst.

Wir sagen: Gespenst; denn sieht man von der so überaus seltenen Aktualität von Zollkriegen gänzlich ab, so beruht das Raisonniren über dieselben auf einem theoretischen Verkennen der Bedeutung internationaler Wechselbeziehungen zwischen den Nationen. Gehen wir, um das klar zu stellen, vom wirklichen Kriege aus. Die neuere historische Schule hat längst festgestellt, daß der wirkliche Krieg heut zu Tage nichts anderes mehr sein kann, als der Austrag von wirthschaftlichen Differenzen oder Rivalitäten zwischen Nationen. Mag es früher Kriege um anderer Ursachen willen gegeben haben; mag man andere Ursachen als die zum Kriege treibenden Jahrhunderte lang gehalten haben; heute weiß man, daß es weder Kabinetskriege, noch Glaubenskriege, noch solche um dynastischer Interessen willen mehr geben kann, daß die ultima ratio aller Politik, wie diese selbst, stets von wirthschaftlichen Motiven beherrscht wird. Der wirkliche Krieg wäre also im letzten Grunde nichts anderes als ein aufs Aeußerste potenzirter Zollkrieg, der wiederum nichts anderes bedeuten kann, als daß eine Nation vermittelst ihrer Tarifgesetzgebung ihre wirklichen oder vermeintlichen wirthschaftlichen Interessen verfolgt.

In dieser Bedeutung erfaßt, ist aber der Zollkrieg eines der Mittel, welche den wirklichen Krieg verhindern. Denn, indem durch die Zollgesetzgebung ein Land seinen mit einem anderen kollidirenden wirthschaftlichen Interessen Befriedigung schafft, verhindert es, daß die Interessenkollision zu solcher Schärfe sich entwickele, um daraus einen wirklichen Krieg erwachsen zu lassen.

Dem verwüstenden Greuel des wirklichen Krieges, jenen klaffenden Wunden, welche derselbe stets dem nationalen Wohlstande beider Theile schlägt, wird also durch den, man kann sagen latenten Zollkrieg nach Möglichkeit vorgebeugt, man erkauft mit geringeren Opfern die Bewahrung vor größeren, vielleicht unwiedereinbringlichen, tödtlichen.

An sich ist also dieser latente Zollkrieg keineswegs ein so schrecklicher, wie der Freihandel es hinzustellen beliebt; mindestens trägt er die gute Eigenschaft in sich, Schrecklicheres zu verhindern oder doch sein Hereinbrechen bis zum äußersten, letzten Termin hinauszuschieben.

Selbst wenn es dem Freihandel gelänge, die ganze gesittete Welt zu seinem System zu bekehren und was mehr sagen will, nicht nur zu bekehren, sondern auch dazu zu bringen, es praktisch bis in seine letzten Konsequenzen anzuwenden; würden selbst in diesem Falle internationale wirthschaftliche Kollisionen nicht mehr eintreten, würde mit dem Freihandel der wirthschaftliche ewige Friede auf Erden herrschen? Sicherlich nicht! So lange es Nationen giebt, werden dieselben wirthschaftliche Sonderinteressen zu vertreten und wahrzunehmen haben und Folge des allgemeinen Freihandelszustandes würde sein, daß jede dieser Kollisionen sich so weit schärft und zuspitzt, um zum wirklichen Kriege zu führen.

So lange man nicht das Problem gelöst hat, Männern das Schwert aus der Hand zu winden, und solange nicht die sogenannten „Friedensfreunde" es fertig gebracht haben, kraftstrotzende Nationen davon abzuhalten, ihre wirthschaftlichen Interessen am letzten Ende auch mit dem Schwerte in der Hand zu verfolgen, so lange wird auch das Walten des Schutzzollprinzips — welches gleichbedeutend mit dem ist, was seine Gegner als Zollkriegsgespenst, um Kinder graulich zu machen, erscheinen lassen, — mit dazu beitragen, eine Lösung von Interessenkonflikten zwischen Nationen zu ermöglichen, bevor dieselben so verhärtet sind, um zum Schwerte greifen zu müssen.

Die von den Freihändlern zur Schau gestellte besorgliche Angst vor dem Zollkriege ist also, unbefangen betrachtet, kaum etwas weiteres als auch eines der Mittel, das Schutzzollprinzip in ein falsches Licht zu bringen; denn indem letzteres zwischenstaatliche Interessenkonflikte zu beheben jedem Theile in die Hand giebt, trägt es mit dazu bei, der Welt den Frieden zu erhalten und den wirklichen Krieg nur dann in Erscheinung treten zu lassen, wenn alle anderen Mittel versagt haben, um internationale Interessenkollisionen zu lösen.

Politische Tagesschau.

Der „Reichsanzeiger" publicirt amtlich die kaiserliche Verordnung, mittels welcher das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz am 1. Januar nächsten Jahres in vollem Umfange in Kraft gesetzt wird.

Eine für das Deutschthum Nordschleswigs bedeutungsvolle Vereinsbildung, die Gründung eines sich über ganz Nordschleswig erstreckenden deutschen Centralwahlvereins hat sich soeben in der Nordmark vollzogen. Der „deutsche Centralverein für Nordschleswig" soll den Mittelpunkt des gesammten Deutschthums bilden, die Agitation bei allen Wahlen eröffnen und energisch durchführen, durch Verbreitung deutscher Zeitungen und Zeitschriften deutschen Sinn und deutsche Sprache fördern. Deutsche Wahl-, Bürger- und Bezirksvereine bestehen schon seit Jahren in verschiedenen größeren Ortschaften, allein es fehlte ein Verein, der den zahlreichen zerstreut lebenden Deutschen zur Stütze dienen und ein gemeinsames Band um alle Deutschen schlingen konnte. Seit mehr als zwei Jahren besitzt die Dänenpartei in dem großen „Wählerverein für Nordschleswig" ein Mittel, um bei allen Wahlen eine eifrige Agitation zu entfalten; derselbe hat viel zur Befestigung des Dänenthums auf dem platten Lande beigetragen, das bewiesen die Reichstagswahlen am 20. Februar. Ein Gegengewicht gegen die deutschfeindlichen Bestrebungen der Dänen wird nunmehr der Centralwahlverein für Nordschleswig bilden.

Unter den Bergleuten in Gelsenkirchen ist die Nachricht verbreitet, daß einem Streik in Westfalen der Streik der belgischen Grubenarbeiter sofort folgen werde. Von England seien Unterstützungen in Aussicht gestellt worden. Die fiskalischen Bergleute im Saarrevier würden die streikenden Kameraden materiell unterstützen, aber selbst nicht zum Ausstand schreiten, da sie ihre Ziele auf gütlichem Wege zu erreichen hofften.

Entsprechend der geschichtlichen Entwicklung des katholischen Missionswesens in Ostasien hatte bisher als eine Art Herkommen die französische Regierung den völkerrechtlichen Schutz auch über die deutschen Missionare in Ostasien, namentlich in China, in Anspruch genommen. Seitdem aber eine weitausschauende Kolonialpolitik in Deutschland Boden gefaßt hat und mit Nachdruck verfolgt worden ist, hat auch das Missionswesen hier größere Berücksichtigung gefunden. Insbesondere hat die deutsche Regierung mit der chinesischen vor zwei Jahren ein Abkommen dahin getroffen, daß fortan die deutschen Missionen in China dem Schutze des deutschen Reiches unterstellt sein sollen; auch hat sie davon seiner Zeit der französischen Regierung entsprechende Mittheilung gemacht.

Der „Hamburger Korrespondent" erhält aus Lamu vom 25. Oktober einen Brief, der sich auch über den Grund der Ermordung der Expedition Künzels ausspricht: Einerseits liegt er in der urplötzlichen Abtretung von Witu an England, andererseits ist wohl ein Hauptgrund die Sklaven-Proklamation. „Nehmt Ihr mir meine Sklaven, so bindet Ihr mir Hände und Füße", sagte der Sultan Fumo Bakari zu Töppen, welcher am Tage nach der Ermordung der Deutschen in Witu war. Der Sultan hatte Töppen die Erlaubniß gegeben, die Leichen zu bestatten, doch war es unmöglich, Arbeiter oder Handwerkszeug zu erhalten, sodaß er die Leichen den Geiern überlassen mußte.

Im Hause der ungarischen Abgeordneten erklärte bei der fortgesetzten Berathung des Kultusbudget am Dienstag der Geistliche Kudlick im Namen der katholischen Geistlichen, daß sie dem Februar-Erlasse nicht gehorchen würden, weil das ihren Seelsorgerpflichten widerspräche. Kudlick

---

Am Fuße des Aconquija.

Roman von G. Reuter.

(Nachdruck verboten.)

(1. Fortsetzung.)

Kranold, ein weit älterer Mann als sein Vorgesetzter, strich sich den Bart und nickte wiederholt mit dem Kopfe.

„Manche Leute haben doch eine erstaunliche Unverfrorenheit," bemerkte er nachdenklich.

Er selbst hatte immer gefühlt, daß er mit seinen linkischen Handwerkermanieren nur eine Höflichkeitsbeachtung bei dem jungen Mädchen fand.

Während des Gesprächs der Männer war der Hof gesäubert worden. Kranold trat herzu, um einem behenden, kleinen Slowaken behilflich zu sein, ein Faß mit Bier aus einem der langgestreckten Schuppen ins Freie zu rollen und einen Hahn in dem Spundloch anzubringen. Unter einem mächtigen Cedrobaume, der mit seinem feingefiederten Laub die Mitte des Hofes überschattete, wurde die Festtafel hergerichtet. Der ganze, im Paradies befindliche Vorrath von Sitzgegenständen mußte dazu herhalten, die Wiener Stühle aus der Wohnung des Direktors, Strohsessel und Baumklötze bunt durcheinander. Da die Nacht schnell herniedersank, wurden grüne und rothe Papierlaternen an den untersten Baumästen befestigt. Röver, der Leiter selbst, brachte seiner Schwester Petroleumlampen herbei und zündete sie an. Dabei half ihm ein Individuum in abgetragenen Kleidern mit ungepflegtem hellblonden Haar, welches als Aufseher von ihm beschäftigt wurde.

Zwischen den zum Theil recht verkommen und wüst aussehenden Männern bewegte sich das junge Mädchen, die ihr Bruder vorhin einen ganzen Kerl genannt hatte. Sie trug ein dunkelblaues Kleid von baumwollenem Stoff, eine große Schürze und einen breitrandigen Basthut. Mit einer langen Gerte trieb sie ihre Puter, die auf dem Hofe umherliefen, dem Stalle zu.

Der hellblonde Landsmann, den Röver vor einigen Wochen betrunken in einer schmutzigen Schenke Tucamans aufgelesen und herausgebracht hatte, sah flüchtig nach ihr hin. Dabei legte er sich der Länge nach auf die Festtafel, schaukelte den rechten Fuß über dem linken Knie und zog mit einer nachlässigen Bewegung seine zu kurzen Beinkleider über die Knöchel. Mürrisch sagte er zu Röver:

„Erinnert Ihre Schwester in diesem Augenblicke nicht an jene sagenhafte, germanische Königstochter, die zu den niederen Diensten einer Magd verdammt wurde? Mit welchem Zorn jungfräulicher Würde Gudrun auf mich herblickt, der es wagt, in ihrer Nähe die dehors zu verletzen."

Er erhob sich träge, glitt von dem Tische nieder und schlenderte fort, ohne das näherkommende Mädchen weiter zu beachten.

Röver sah verdrossen drein.

„Wenn Du gehört hättest, wie Heinrichsen Dich eben charakterisirte!"

„Nun?" fragte sie neugierig.

„Ach — wozu ihm noch nachsprechen. Ich mag den Kerl nicht. Er ist eine unangenehme Mischung von Frechheit und Feigheit. Ich schicke ihn auch wieder fort."

„Das thust Du doch nicht, Paul," sagte Else ruhig und nahm ihrer Dienerin ein Brett mit Gläsern und Krügen ab, sie auf dem Tisch ordnend.

„Ich traue ihm nicht."

Sie lachte herzlich. „Der Arme," sagte sie mit dem unbekümmerten Mitleid, wie es glückliche Menschen der Noth der Welt im allgemeinen zu zollen pflegen. „Du bist nur eifersüchtig — gestehe es", neckte sie schelmisch. „Du kannst es nicht vertragen, wenn ich einer Katze oder einem Papagei gefalle!"

Röver lachte nun gleichfalls.

„Denen will ich die Bewunderung Deiner lieben Person allenfalls gönnen."

„Was unser zugelaufener Deutscher meint, ist doch nicht viel wichtiger."

„Du, laß Heinrichsen diesen Ausdruck nicht hören . . . . weil zugelaufen —"

„Der zugelaufene Deutsche — so nahe an einen „zugelaufenen Hund" erinnert," fiel die leise, heisere Stimme des Besprochenen Röver ins Wort; er hatte dicht hinter den Geschwistern gestanden. „Dann sollten Sie solche freundlichen Bezeichnungen nicht hier auf dem Hof gebrauchen," fuhr er fort.

Erschrocken wendete das junge Mädchen sich zu ihm.

„Ich wollte Sie nicht verletzen!"

Ein müdes Lächeln glitt über das blasse, kränkliche Gesicht des Aufsehers. Er machte eine ablehnende Handbewegung.

„Schon gut. Katzen und Papageien sind nützlichere und erfreulichere Hausthiere, als zugelaufene Landsleute."

Else biß die Zähne auf die blühende Unterlippe. „Wollen Sie nicht an unserem Feste theilnehmen?" fragte sie mit erzwungener Güte. „Ich glaube, der Chef und seine Damen kommen auch."

Heinrichsen ließ den Kopf hängen. Seine plötzliche Verlegenheit war peinlich zu sehen. Er murmelte etwas unverständliches und ging davon.

Else seufzte. Da sah sie Donna Alvarez und ihre Tochter, die seit einiger Zeit zur Sommerfrische auf dem Kamp weilten, erscheinen. Auch Don Rodrigo Maziel, der junge, elegante Chemiker der Fabrik, kam herbei, die Damen zu begrüßen. Darüber vergaß Else den Zwischenfall mit Heinrichsen schnell.

Das improvisirte Fest nahm seinen Anfang.

Mit ritterlicher Aufmerksamkeit und in bester Laune machte Röver den Gastgeber. Elses Augen glänzten in freudigem Stolz über ihren Bruder, der den Mittelpunkt der heiteren Feier bildete, welche ein halbes Jahr tüchtiger Arbeit und eines erfolgreichen Kampfes gegen tausend Widerwärtigkeiten krönte. Wie Röver die Campagne geleitet und gewonnen, nahm er nun auch die Ehren des Sieges entgegen. Denn er war weit mehr Hauptperson auf dem Fabrikhof, als der dürre Sennor Alvarez, der trotz seiner hochtrabenden Phrasen unter seinen Beamten die Rolle eines Opernkönigs spielte, welcher thatenlos an der Seitenkulisse auf seinem Throne sitzt, während sich im Vordergrunde die bewegte Handlung abspielt.

(Fortsetzung folgt.)

richtete im Fortgang seiner Rede heftige Angriffe gegen die Regierung.

Der Heimgang des letzten Oraniers ruft auch im Großherzogthum Luxemburg überall Kundgebungen aufrichtiger Trauer hervor. Doch tritt in den Auslassungen der Presse unverkennbar auch ein Gefühl der Genugthuung darüber hervor, daß das Land nunmehr unter einem eigenen Fürsten seine volle Selbstständigkeit gewinnt. So schließt die „Luxemburger Ztg." ihren dem Thronwechsel gewidmeten Artikel mit den Worten: „Wir hoffen und haben alle Gründe zu glauben, daß das neue Regiment zum Vortheile des Landes ausschlagen wird und die Geschicke des Großherzogthums unter seinem nunmehrigen Fürsten nach der Trennung von Holland, das uns seit Jahren nur widerwillig als eine unbequeme Last nachzuschleppen schien, nur gewinnen können."

Das Pariser „Journal des Débats" bemerkt in Besprechung der italienischen Wahlen, Crispi wisse, daß die Geschicke Italiens in seiner Hand ruhen; solche Verantwortlichkeit sei wohl geeignet, mäßigend zu wirken. Die französische Regierung habe noch größere Wahlsiege errungen; seit 20 Jahren habe sie über keine solche Macht wie jetzt verfügt, ihr Sieg sei das Signal der inneren und äußeren Beruhigung gewesen. Warum sollte dasselbe nicht in Italien der Fall sein.

Die Subkommission des Zollausschusses der französischen Kammer erhöhte den Zoll auf geschlachtetes Hammelfleisch von 28 auf 32 Franks für 100 kg und beschloß 20 Franks. Zoll für verarbeitetes Schweinefleisch, 16 Franks für eingepökeltes und geräuchertes Schweinefleisch, 50 Franks für Fleischpasteten, 27 Franks für eingepökeltes Rindfleisch. Die Zölle für Fleischkonserven in Büchsen, für Fleischextrakte und Bouillon wurden von 8 auf 15 Franks erhöht. Also auch die demokratischen Republikaner gehören zu den „Lebensmittel-Vertheurern"? Was meint nun Herr Eugen Richter dazu?

Der „Standard" erhebt heftigen Protest gegen die Masseneinfuhr völlig mittelloser russischer Juden in England und verlangt die rasche Ergreifung von Verhinderungsmaßregeln, ähnlich denen in Amerika. Ein einziges Hamburger Schiff brachte vorgestern dreihundert jüdische Paupers nach London.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Plenarsitzung vom 26. November.

Das Haus tritt in die erste Berathung des Gewerbesteuergesetzes ein.

Finanzminister Miquel: Erst durch die Einkommensteuer auf Grundlage der Deklarationspflicht ist die Reform der Gewerbesteuer möglich geworden; sie bezweckt vor allen Dingen eine gerechtere Vertheilung dieser Steuer. Diese Aenderung der Lastenvertheilung konnte nicht vom grünen Tisch aus allein gemacht werden, sie bedurfte der freudigen Mithilfe der betheiligten Kreise der Bevölkerung und diese ist ihr mit einer einzigen Berliner Ausnahme auch zutheil geworden, wofür ich hiermit öffentlich meinen Dank ausspreche. Die größeren Betriebe sollen stärker als bisher belastet werden, wobei das Anlagekapital aber erst in zweiter Linie entscheiden kann. Wenn wir einmal dazu übergehen, das fundirte Vermögen stärker heranzuziehen, dann werden auch Aenderungen der heutigen Vorlage nöthig sein. Die Vorlage soll vor allen Dingen treffen den selbstständigen Gewerbebetrieb, der möglichst unabhängig ist von der Person des Besitzers. Je mehr der Betrieb abhängig ist von der Person des Besitzers, desto weniger soll er getroffen werden. In diesem Sinne erstreckt sich die Steuer auf eine untere Ertragsgrenze von 1500 Mk.; es wird dadurch ⅓ aller bisherigen Gewerbesteuerpflichtigen frei, ein gewiß erfreuliches Resultat der Reform. Andererseits soll eine Reihe größerer Betriebe nach der Vorlage besteuert werden, die bisher außer anderen Vorzügen gegenüber wesentlich gleichartigen Betrieben auch den der Steuerfreiheit genossen. Bei den Steuerbefreiungen sind wir möglichst liberal vorgegangen. Schlachthäuser, Kanalisiationen, Gasanstalten, Badeanstalten und Sparkassen sind frei geblieben. Dagegen lag kein Grund vor, umfangreiche kommunale Unternehmungen, die einen auf Gewinn gerichteten Charakter haben, steuerfrei zu lassen, wie z. B. die Berliner Gasanstalten. Auch muß bei gemeinnützigen Unternehmungen mehr auf den Betrieb, als auf die Firma geachtet werden. Der Bergbaubetrieb ist ebenfalls freigelassen, einmal, weil er nur Rohprodukte für andere Gewerbe liefert, dann aber, weil er anderweit schon gesetzlich belastet ist; auch Genossenschaften, Konsumvereine u. a. sind frei geblieben, sobald ihr Betrieb sich auf die Mitglieder der Genossenschaften beschränkt. Das System der Mittelsätze für die Veranlagung haben wir beibehalten, weil sich dasselbe großer Beliebtheit in der Bevölkerung erfreut. Die Betriebssteuer für konzessionspflichtige Gewerbe, Gastwirthschaften, Brantweinhandlungen u. a. ist gerechtfertigt. Sie haben den Vorzug einer Konzession und keine ethische Bedeutung. Der Staat hat kein Interesse daran, diese Gewerbe zu fördern. Einer Licenzabgabe gegenüber ist die Bestimmung der Vorlage vorzuziehen, da sich die schablonenhafte Behandlung aller dieser Betriebe nicht empfiehlt, und der Kolonialwaarenhändler, der auch einige Flaschen Rum verkauft, kann nicht ebenso behandelt werden, wie der große Restaurateur. Ueber Einzelheiten der Vorlage mag sich ja streiten lassen, aber das große Ganze, die bedeutende Steuerentlastung verdient wohl, daß man über Einzelheiten hinwegsieht und das Ganze annimmt, das einen Akt der Gerechtigkeit bildet. (Bravo!)

Es melden sich 10 Redner für und ebensoviele gegen den Entwurf zum Wort.

Abg. v. Eynern (natlib.): Ich stehe der Vorlage sehr kühl gegenüber. Die Großbetriebe sind durch die Sozialgesetzgebung schwer belastet; das Kapital hat sich von ihnen bereits vielfach abgewendet. Sehr zutreffend sagte mir Fürst Bismarck einmal: „das Kapital ist wie eine Maus, sobald es Geräusch hört, verkriecht es sich", und ich glaube, bei uns hat das Kapital bereits zuviel Geräusch gehört. Es wäre vielleicht bei der Gewerbesteuer eine günstige Gelegenheit gewesen, den Gemeinden eine größere Einnahme zuzuweisen. Die Vorlage wird eine strenge Scheidung zwischen Geschäfts- und Personalvermögen herbeiführen, wobei trotz der Deklaration leicht eine Verschleierung der wahren Vermögenshöhe möglich sein wird. Die Veranlagungsbehörde ist rein bureaukratisch zusammengesetzt; namentlich aber kommt die 1. Klasse der Veranlagten sehr schlecht weg, da sie bei der Veranlagung garnichts zu sagen hat.

Abg. vom Heede (natlib.): Die Großindustrie in Rheinland und Westfalen ist jederzeit bereit, die vom Staate geforderten Opfer zu bringen. Mit der Steuererleichterung bin ich einverstanden, auch im allgemeinen mit der Klasseneintheilung. Für die Betriebe mit unter 1500 Mk. Einkommen wäre vielleicht eine geringe Steuer bis zu 3 Mk. angezeigt. Weshalb man die Brennereien freiläßt, während man Zuckerfabriken und andere landwirthschaftliche Betriebe besteuert, ist nicht einzusehen. Es würde sich empfehlen, den Handel mit zur Steuer heranzuziehen, umsomehr, als dieser von der sozialen Gesetzgebung nicht belastet worden ist. Die Besteuerung der Schankbetriebe ist recht geeignet, den Gemeinden überwiesen zu werden. Eine Kommission von 21 Mitgliedern wird, wie ich hoffe, die Vorlage so gestalten, daß wir dieselbe annehmen können.

Abg. Brömel (deutschfreis.): Wenn man das Prinzip der Kommunalbesteuerung für die Gewerbe durchführen will, wird wohl eine Aenderung der Vorlage nöthig sein; auch wird man dem Prinzip, daß die Betriebe nach ihrem Umfange und nicht nach ihrem Reingewinn besteuert werden sollen, größere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Es ist eine bedenkliche Sache, den Betrieb ohne Rücksicht auf den Reingewinn, blos nach dem Brutto-Ertrage zu besteuern; es liegt darin eigentlich nichts, als die Weisheit aller Finanzminister, neue Steuern! Für die Ueberweisung an die Gemeinden dürfte bei der vorgeschlagenen Art der Besteuerung wenig übrig bleiben. Man ist doch bei dem System der direkten Steuern über die Ertragsteuer hinweggekommen, warum sollte das hier nicht möglich sein? Wie die Steuer hier vorgeschlagen ist, bedeutet sie nur eine unvollkommene neue Einkommensteuer. Einige nothwendige Aenderungen vorausgesetzt, werden meine politischen Freunde der Vorlage zustimmen.

Generalsteuerdirektor Burghart: Die Regierung hat an dem Gesetze nur das eine Interesse, die bisherige Stagnation dieser Gesetzgebung zu beseitigen. Eine Abneigung gegen das Großkapital liegt der Regierung ebenso fern, wie ein Blindlings-Dreinschlagen auf die Großbetriebe. Die Anwendung des bisherigen Gesetzes von 1820 auf heutige Verhältnisse ist ungemein schwierig. Kommt es doch vor, daß kleinere Betriebe 3 bis 4 Prozent, große Betriebe oft nicht ein volles sechstel Prozent ihres Anlagekapitals als Steuer zahlen. Als Personalsteuer läßt sich die Gewerbesteuer nun einmal nicht ausbilden, trotzdem ist die Regierung mit vielem, was der Abg. Brömel sagte, einverstanden. Die Schulden aber von dem Anlagekapital abzuziehen, ist ein Verfahren, das bedenkliche Folgen haben kann; es kommt oft vor, daß Schulden auf Fabriken eingetragen werden, ohne daß sie in Wirklichkeit vorhanden sind und verzinst werden. Für die Ueberweisung der Gewerbesteuer an die Kommunen schafft die Vorlage kein Hinderniß und namentlich hindert sie auch die weitere Entwickelung der Gewerbesteuer als Einkommensteuer nicht, denn auch für eine Kommunalbesteuerung ist das Gesetz von 1820 nicht verwendbar.

Abg. v. Thiedemann (Bomst) (freikons.): Selten ist eine solche Uebereinstimmung für eine Vorlage vorhanden gewesen, wie hier. Der Vorwurf, daß das Großkapital zu hart betroffen wird, ist ganz unbegründet, jedenfalls ist die Vorbelastung des Grund und Bodens viel höher, sie beträgt bei schuldenfreiem Besitz 2 Procent, bei verschuldetem Besitz bis zu 5 Procent, ist also in allen Fällen höher, als die Gewerbesteuer, die jedenfalls einigermaßen die Kapitalrentensteuer ersetzt, deren Zustandekommen ja vorläufig noch nicht abzusehen ist. Die Steuersätze der Vorlage sind nicht zu hoch, ich könnte bedauern, daß sie nicht höher sind, namentlich für die Schankstätten, diese Brutstätten des Proletariats, das der Sozialdemokratie neuen Zuzug liefert. Die Behauptung, daß die Landwirthschaft bei uns die Fleischpreise vertheuert, ist unrichtig; die Fleischpreise zeigen sich ganz unabhängig von den Viehpreisen. (Sehr richtig!)

Abg. Pleß (Centrum): Meine Partei steht auf dem Boden der Vorlage und ist bereit, dieselbe zu einem guten Abschlusse zu bringen. Die Steuerbefreiung der Konsumvereine sollte man ganz beseitigen, weil doch nicht zu verhüten ist, daß dieselben auch an Nichtmitglieder ihre Waaren abgeben und damit andere Gewerbetreibende schädigen.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.): Die Schuldenanrechnung halte ich im Prinzip für richtig, aber leider nicht bei der Gewerbesteuer für durchführbar; will man mit der Gewerbesteuer hauptsächlich das fundirte Vermögen treffen, so kommt man nur zu neuen Ungerechtigkeiten. Meine Partei ist bereit, mitzuarbeiten, um ein brauchbares Gesetz zu Stande zu bringen.

Die Debatte wird geschlossen und die Vorlage an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberathung überwiesen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellation des Abgeordneten Dr. Graf (natlib.) betreffend das Koch'sche Heilverfahren.

Erste Berathung der Landgemeindeordnung.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. November 1890.

— Der Kaiser weilt seit zwei Tagen in Schlesien um daselbst Jagden abzuhalten. Die Rückkehr des Monarchen von dort ist zu Ende der Woche in Aussicht genommen.

— Das Präsidium des Reichstags wird morgen von Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich empfangen.

— Die „Post" bestätigt, daß dem früheren landwirthschaftlichen Minister v. Lucius der Stempel für die Errichtung zweier Fideikommisse erlassen worden ist. Der Erlaß erkläre sich dadurch, daß die Stiftung der Fideikommisse auf Grund einer Bestimmung des Kaisers Friedrich erfolgt ist, die mit der Erhebung des Ministers Lucius in den Freiherrnstand unmittelbar zusammenhing, für welche ihm Stempelfreiheit ausdrücklich zugesichert war.

— In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Domkapitel von Gnesen und Posen wurde beschlossen, die Wahl des Erzbischofs endgiltig in die Hand des Papstes zu legen.

— Die Zahl der fremden Aerzte, die gegenwärtig in Berlin zum Studium des Koch'schen Verfahrens verweilen, dürfte sich auf rund 8000 belaufen.

— Die „Kreuzzeitung" wendet sich in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Eine Großthat jüdischer Frechheit und Verlogenheit" gegen die Angabe einiger Wiener Blätter, wonach sich Hofprediger Stöcker mit dem Ersuchen nach Wien gewendet habe, ihm die Chefredakteurstelle des klerikalen Blattes „Vaterland" zu übertragen.

— Die sozialdemokratischen Abgeordneten Bebel, Singer und Liebknecht reisen heute nach London ab, um Friedrich Engels, der am 28. November seinen 70. Geburtstag feiert, die Glückwünsche der deutschen Sozialdemokraten zu überbringen. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages spendet dem „Senior der Partei" ein prächtig ausgestattetes Album mit den Photographien der Mitglieder der Fraktion.

Köln, 26. November. Zu der hier stattfindenden Bischof-Konferenz sind bisher eingetroffen: der Fürstbischof von Breslau, der Erzbischof von Freiburg, die Bischöfe von Trier, Hildesheim, Münster, Culm und Fulda und die Generalvikare von Paderborn, Gnesen-Posen und Ermland. Die Konferenz soll morgen abgeschlossen werden.

Frankfurt, 26. November. Der bekannte Bakteriologe Prof. Weigert ist an Blutvergiftung schwer erkrankt.

Saarbrücken, 26. November. Oberbergrath Freund aus Berlin wohnte einer Versammlung der Ausschußmitglieder der Berginspektion 2 bei, in welcher er die Erfüllung berechtigter Wünsche den Arbeitern zusagte, gleichzeitig aber auch den Ausschußmitgliedern nahe legte, daß es nicht lediglich ihre Aufgabe sei, die Wünsche der Bergarbeiter zu Gehör zu bringen, sondern daß sie auch für eine allmähliche Beruhigung, sowie für die Zufriedenheit der Kameraden zu sorgen hätten.

Ausland.

Luxemburg, 25. November. Der Großherzog Adolf beabsichtigt, entgegen seiner früher ausgesprochenen Entschließung, bevor er nach Luxemberg kommt, den Beisetzungsfeierlichkeiten im Haag beizuwohnen. Die Donnerstag zusammentretende Kammer wird eine Beileidsadresse votiren und sich dann vertagen. — Der Staatsminister v. Eyschen ist aus Frankfurt wieder hier eingetroffen.

Luxemburg, 26. November. Die französische Regierung benachrichtigte die luxemburgische von der Absicht des Präsidenten Carnot, den Großherzog Adolf bei der Ankunft in seiner neuen Hauptstadt durch einen Spezialgesandten beglückwünschen zu lassen. Gleichzeitig gab die französische Regierung den von ihr und dem französischen Volke gehegten Gefühlen der Freundschaft und guten Nachbarschaft für Luxemburg Ausdruck.

Paris, 26. November. Dr. Pasteur erwiderte auf eine Anfrage des „Temps" in Betreff seiner Meinung über Kochs Entdeckung, daß er sich vom technischen Standpunkt aus auf Vermuthungen beschränken müsse. Er wolle auch kein Urtheil darüber abgeben, daß Koch den Weg, welchen er zur Erreichung des großen, wissenschaftlichen Zieles verfolgt, nicht beschrieben habe; aber die erhaltenen Resultate seien bewunderungswürdig. — Professor Koch richtete ein Dankschreiben an Pasteur für dessen Glückwunsch und übersandte gleichzeitig eine Probe seiner Lymphe.

Amsterdam, 25. November. In parlamentarischen Kreisen wird die Frage erörtert, ob durch ein Gesetz festzustellen sei, daß die Wahl des künftigen Gemahls der jungen Königin an die Zustimmung des Parlaments gebunden sei, damit nicht etwa Holland, wenn auch nur durch Personalunion, an irgend eine Großmacht oder an Belgien falle. Es sei nicht verfrüht, hieran zu denken.

Amsterdam, 26. November. In der am Dienstag stattgehabten Sitzung der zweiten Kammer waren sämmtliche Minister anwesend. Nach Verlesung der den Tod des Königs anzeigenden Botschaft erhoben sich alle Mitglieder. Hierauf gab der Präsident Beelaerts van Blokland dem tiefen Schmerze über das Hinscheiden des Königs Ausdruck, der in allen Lagen die Freiheiten und konstitutionellen Rechte aufrechterhalten habe. — Die Einsargung der Leiche des Königs erfolgte am Dienstag Abend in Schloß Loo. Die Anlegung der Siegel an den Sarg durch den Justizminister erfolgt heute, die feierliche Bestattung der Leiche ist auf den 4. k. M. festgesetzt. Die Großherzogin von Sachsen-Weimar trifft am Freitag in Schloß Loo ein. Zur Beisetzungsfeier werden auch die Großherzöge von Luxemburg und Mecklenburg-Strelitz erwartet.

Helsingfors, 26. November. Die finnischen Häfen sind zugefroren.

Konstantinopel, 25. November. Der Sultan hat dem Professor Dr. Koch in Berlin den Großorden des Medschidje-Ordens verliehen.

Provinzialnachrichten.

—r **Von der Grenze**, 27. November. (Ueberfall). Vor einigen Tagen wurde eine Gutsbesitzerfamilie in Polen, unweit Alexandrowo, von einer ganzen Bande überfallen; der Mann und die Frau wurden barbarisch gemißhandelt und verstümmelt, und alles Werthvolle geraubt. In den Räubern wollen die Ueberfallenen russische Soldaten vom Grenzcordon erkannt haben.

Mühlhausen, 23. November. (Verhütetes Eisenbahnunglück). Gestern Abend gelang es dem Bahnmeister H., ein großes Eisenbahnunglück zu verhüten. Als H. auf der Maschine des Personenzuges Nr. 12 von der Besichtigung der Strecke heimkehrte, vernahm er unweit des hiesigen Bahnhofs plötzlich einen starken Ruck. Auf dem Bahnhofe angekommen, begab er sich sofort mit einigen Arbeitern nach der Stelle und fand, wie gemuthmaßt, einen Schienenbruch vor. Die Enden der Schienen waren bereits 7 Zoll auseinandergerückt. Es wurde sofort nach der Nachbarstation Thiedemannsdorf telegraphirt, um den von Königsberg kommenden Schnellzug auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Es gelang dies auch noch rechtzeitig; der Schnellzug lief hier auf einem Nebengeleise ein und entging so glücklich der drohenden Gefahr.

Stallupönen, 25. November. (Ueberfahren). Ein Unglücksfall hat sich gestern Abend unweit der Stadt zugetragen. Der im ersten Wärterhäuschen auf der Strecke Stallupönen-Trakehnen stationirte Bahnwärter Wirsing wurde von dem um 8 Uhr 48 Min. aus Gumbinnen hier eintreffenden Personenzuge gegenüber dem Kirchhofe überfahren und getödtet. Der Verunglückte befand sich auf einem Revisionsgange und hat wahrscheinlich bei dem gestern herrschenden Unwetter das Nahen des Zuges nicht eher gesehen noch gehört, bis ein Ausweichen nicht mehr möglich war.

Posen, 25. November. Die heutige Generalversammlung der Posener Sprit-Aktiengesellschaft genehmigte die Vertheilung einer vierprocentigen Dividende.

Lokalnachrichten.

Thorn, 27. November 1890.

— (Personalien). Die Gerichtsschreiber und Dolmetscher Amtsgerichtssekretäre Woitkowski in Rosenberg und Wierzbicki in Gollub sind in gleicher Amtseigenschaft, ersterer an das Amtsgericht in Gollub und letzterer an das Amtsgericht in Rosenberg versetzt worden.

— (Petitionen). Der Magistrat von Thorn hat an das Abgeordnetenhaus petitionirt, Staatszuschüsse zur Pension und zur Besoldung von Lehrern an Mittelschulen in gleicher Höhe zu bewilligen, wie sie jetzt für die Lehrer an Volksschulen gegeben werden. — Eine zweite Petition hat der Magistrat an den Reichskanzler gerichtet, in welcher um Aufhebung der Grenzsperre gegen die Vieheinfuhr ersucht wird. — Beide Petitionen liegen im Bureau I des Rathhauses zur Einsichtnahme aus.

— (Die westpreußische landschaftliche Darlehnskasse) erhöht die Zinsen für Baardepositen vom 1. Dezember ab von 2 pCt. auf 3 pCt. frei von allen Kosten.

— (Stadtverordnetensitzung vom 26. November). Anwesend waren 29 Stadtverordnete. Den Vorsitz führte Herr Professor Boethke. Am Tische des Magistrats die Herren Erster Bürgermeister Bender, Bürgermeister Schustehrus, Kämmerer Dr. Gerhardt, Stadtbaurath Schmidt, Stadträthe Kittler und Richter. — Erster Bürgermeister Bender begrüßt den neugewählten und zum erstenmale anwesenden Stv. Klempnermeister A. Glogau mit herzlichen Worten und verpflichtet ihn durch Handschlag. Auch der Vorsitzende heißt den neuen Stv. in der Versammlung willkommen. — Der Vorsitzende verliest die Antworten, welche auf die Kollektivadresse der deutschen Städte und auf die Separatadresse der Stadt Thorn zum 90. Geburtstage des Feldmarschalls Moltke von letzterem eingegangen sind. Das auf Thorn Bezug nehmende Dankschreiben hat folgenden Wortlaut:

Berlin den 28. Oktober 1890.

Dem geehrten Magistrat spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus für die freundlichen Worte, mit denen derselbe mich in der, mir an meinem Geburtstag überreichten Adresse begrüßt und mir seine Glückwünsche darbringt, die ich mit den besten Wünschen für das Wohl und fernere Gedeihen der Stadt erwidere. Sehr ergebenst Graf Moltke, Feldmarschall.

1) Ein Gesuch um Freilassung von Kommunalsteuer wird genehmigt. — 2) Die Beleihung des Grundstücks Mellinstraße Nr. 180 erfolgt mit 16 000 Mk. Das Grundstück ist mit 31 580 Mk. versichert und von einer städtischen Kommission auf 39 251 Mk. taxirt worden. — 3) Bei der Rechnung der städtischen Feuersozietät pro 1889 war in voriger Sitzung eine Zahlung von 26,99 Mk. — angeblich überhobene Zinsen — an die Schützengilde monirt worden. Das Monitum wird jetzt für erledigt erklärt, da es sich herausgestellt, daß die Zahlung zu Recht erfolgt und daß nur der Vermerk darüber vom Rechnungsleger an unrichtiger Stelle angebracht ist. — 4) Bei der Superrevision der Rechnung des Depositoriums der milden Stiftungen pro 1889 war nichts zu erinnern. Die milden Stiftungen besitzen jetzt ein Vermögen von 1 298 875,30 Mk. — 5) Das Gesuch eines städtischen Hilfsförsters, dessen Frau krank darniederliegt, um eine Unterstützung wird durch Bewilligung von 100 Mk. erledigt. — 6) Der Finalabschluß der Forstkasse pro 1. Oktober 1889/90 ergiebt einen Bestand von 16 379 Mk. — 7) Dem Kassenkontroleur Sieber werden die Umzugskosten mit 29,56 Mk. vergütet. — 8) Die Beleihung des Grundstücks Neue Culmer Vorstadt Nr. 102 wird abgelehnt. Der Magistrat hatte beantragt, 5500 Mk. zu bewilligen, der Ausschuß dagegen, die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben mit dem Ersuchen, das Grundstück vorher durch eine städtische Kommission abschätzen zu lassen. Die Grundwasserverhältnisse werden indessen aus der Mitte der Versammlung als sehr schlecht und das Grundstück entwerthend geschildert, so daß sich die Versammlung zur sofortigen Ablehnung des Gesuches entschließt. — 9) Der Miethsvertrag mit dem Holzhändler Ferrari bezüglich eines Holzlagerplatzes wird unter den bisherigen Bedingungen — 189 Mk. Pacht pro Jahr — verlängert. — 10) Aus dem Bericht über die Fleischbeschau im Schlachthause vom April bis ult. September 1890 ergiebt sich, daß 8758 gegen 13 647 Thiere im gleichen Zeitraume des Vorjahres untersucht worden sind. — 11) Der Betriebsbericht der Gasanstalt pro September 1890 weist einen Verlust von 4,4 pCt. gegen 1,4 pCt. im September des Vorjahres nach. — 12) An der Ostseite des

Rathhauses haben die Bäckermeister Bähr, Dinter, Rupinski, Roggatz und Stutzko Brotbänke inne. Erster Bürgermeister Bender äußert sich nun in einem Gutachten darüber folgendermaßen: Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts hatte der Rath den Bäckermeistern die Befugniß ertheilt, Brotbänke aufzustellen; er erlaubte ihnen im Jahre 1818, dieselben an der Wand des Rathhauses zu errichten, wofür jeder 20 Thlr. bezahlen mußte. Es liegt aber kein Privilegium, sondern ein einfaches Miethsverhältniß vor. Im Jahre 1868 wurde beschlossen, keine neue Berechtigung mehr zu ertheilen, sondern die vorhandenen aus Billigkeitsrücksichten — in der Debatte bestätigt Stv. Preuß aus seiner Erinnerung, daß der Beschluß nur dieserhalb gefaßt sei — bis zum Tode des derzeitigen Inhabers oder seiner Wittwe bestehen zu lassen. Es sind jetzt nur noch 5 Bänke vorhanden, für welche die drei erstgenannten Meister noch das Einkaufsgeld bezahlt haben, während dies bei den zwei letztgenannten nicht der Fall ist. Der Magistrat beantragt nun, den Bäckermeistern Bähr, Dinter und Rupinski gegen Rückzahlung von je 60 Mk. die Brotbänke so zu kündigen, daß dieselben bis zum 1. April 1891 beseitigt werden können; die Bäckermeister Roggatz und Stutzko haben die Buden zu Unrecht inne, da sie kein Einkaufsgeld bezahlt haben; eine Entschädigung für sie ist daher nicht angängig. Der Magistrat motivirt seinen Antrag damit, daß das Rathhaus verunziert werde; außerdem sei bei dem sehr gestiegenen Verkehr die Anlage eines Trottoirs in Aussicht genommen. Gegen diesen Antrag wendet sich Stv. Kolinski; er sucht ein durch Kauf erworbenes Recht der betroffenen Bäcker auf die Brotbänke nachzuweisen, meint aber, daß sich die fünf Meister wohl dazu verstehen würden, ihr Recht gegen eine natürlich höhere Entschädigung abzutreten. Bürgermeister Schustehrus bemerkt, daß über die Rechtsverhältnisse in dem vom Ersten Bürgermeister Bender entwickelten Sinne kein Zweifel bestehe. Kämmerer Dr. Gerhardt erklärt, daß hier die Interessen der ganzen Stadt mitsprechen; außerdem schädige ein Vorrecht, welches nur wenigen zu Gute komme, auch die übrigen Gewerbegenossen der Bäcker. Nach einer kurzen Entgegnung des Stv. Kolinski wird der Antrag des Magistrats schließlich angenommen. — 13) Wie alljährlich soll aus den Ueberschüssen der Gasanstalt eine Siemenslaterne beschafft werden. Der Magistrat schlägt vor, dieselbe an der Ecke neust. Markt und Hospitalstraße aufzustellen. Außerdem soll eine neue Abendlaterne auf dem Stadtgrabenterrain hinter dem Lambeck'schen Hause errichtet werden. Bei der Debatte werden mancherlei Wünsche geäußert, welche sich auf die Beleuchtung der Culmerstraße, der Mauerstraße und die Nachtbeleuchtung beziehen und in der Pflasterung der Mauerstraße enden, deren Zustand ein Stv. durch eine photographische Aufnahme zu demonstriren sich erbietet. Der Magistratsantrag wird schließlich genehmigt. — 14) Das von der Gasanstalt erworbene frühere altstädtische Mühlengrundstück soll derart verwendet werden, daß die Schmiede der Anstalt in das Souterrain verlegt und ein Bureau für den Gasmeister, sowie ein größerer Raum für die Arbeiter geschaffen wird. Die jetzige Schmiede wird zur Vergrößerung des Regulirungsraumes in Anspruch genommen. Die Kosten mit 1000 Mk. werden aus den Ueberschüssen der Gasanstalt gedeckt. — 15) Die Glaserarbeiten für den Erweiterungsbau der Schule in der Bromberger Vorstadt werden an den Glasermeister Viktor Orth jun. als Mindestfordernden vergeben. — 16) Die Neujahrswünsche der Stadt Thorn nebst der üblichen Pfefferkuchenbeilage werden auch diesmal an die kaiserliche Familie und an die Kaiserin Friedrich abgesandt werden. — 17) Die Fischerei im halben rechtsseitigen Weichselstrome vorlängs des Schutzbezirks Steinort wird an den bisherigen Pächter Samuel Lorenz aus Fordonnek, welcher allein ein Gebot abgegeben hat, auf die 6 Jahre vom 1. Januar 1891 bis dahin 1897 für einen jährlichen Pachtzins von 40 Mk. statt bisher 30 Mk. vergeben. — 18) Der Kalkulaturgehilfe Pfeiffer ist zum Kalkulator in Waldenburg (Schles.) gewählt und soll sein Amt am 1. Dezember antreten; er bittet daher um vorzeitige Entlassung aus dem städtischen Dienste. Die Stvv. erklären sich damit einverstanden. — 19) Auf Vorschlag der städtischen Schuldeputation wird beschlossen, die am Todtensonntage eingekommenen Kollektengelder ein für allemal zur Bekleidung armer Schulkinder zu verwenden. — 20) Die Drucklegung der neuen Waisenhausordnung in 200 Exemplaren soll an den Mindestfordernden vergeben werden. — 21) Die Schlosserarbeiten am Neubau des Artushofes werden an Schlossermeister L. Labes für seine Forderung von 1552 Mk. vergeben. — 22) Die Pflasterung der Bromberger Straße vom Pilz bis zu den Pastorhäusern ist von der Stadt der Firma Havestadt und Contag gegenüber kontraktlich übernommen; es sind dafür bereits 33 000 Mk. ausgesetzt. Die Chausseestrecke von den Pastorhäusern bis zur Schulstraße ist aber in so schlechter Beschaffenheit, daß ihre Pflasterung dringend erforderlich ist. Am besten läßt sich dieselbe gleich beim Bau der Pferdebahn ausführen. Die Mehrkosten betragen 12 000 Mk. Die Stvv. bewilligen die Summe. — 23) Die Beleihung des neuen Diakonissenhauses erfolgt in Höhe von 25 000 Mk. zu 4½ pCt. verzinslich. — 24) Bei der Vermiethung des Zwingergrundstücks Neustadt Nr. 322 als Lagerraum erhalten die Gebr. Pichert für ihr Gesammtgebot von 600 Mark den Zuschlag.

— (Neue Straßenbenennung). Seit gestern ist die von der Katharinenstraße aus längs des neuen Stadtterrains zum Stadtbahnhofe führende Staße offiziell „Friedrichstraße" benannt. Damit fallen die alten Bezeichnungen, wie Bahnhofstraße, Wilhelmstraße, Neue Straße, fort.

— (Richtigstellung). Der in Nr. 274 d. Ztg. berichtete Unglücksfall (Ueberfahren eines Auswanderers) ist infolge eines Irrthums unseres Gewährsmannes nach Jablonowo verlegt worden. Der Vorfall trug sich vielmehr in der geschilderten Weise in Nakel zu.

— (Ortssinn einer Katze). Die Schneiderfrau Ratkowski in der Neustadt hatte seit 8 Jahren eine Katze. Da dieselbe in letzter Zeit näschig wurde, so gab die Frau die Katze einer Frau nach Alexandrowo mit. Das Thier blieb dort einige Zeit, verschwand aber vor 5 Wochen und kam vor 8 Tagen ganz abgemagert hier bei der früheren Herrin wieder an. Sie hat also 4 Wochen unterwegs zugebracht.

— (Zum Raubmord auf der Warschau-Thorner Bahn). Einige deutsche Zeitungen berichten, daß beide Raubmörder in Sombkowice (Uebergangsstation zur österreichischen Karl-Ludwigsbahn) verhaftet und auch geständig seien. Diese Nachricht erklärt die „Post" für verfrüht. Es sei als der Theilnahme an dem Raubmorde verdächtig am Dienstag ein unweit der Station Pnjewo wohnhafter Gärtner namens Haczynski verhaftet worden; die Polizei sei aber bereits auf der Spur der übrigen Mörder. Für die Ermittelung der Mörder, welche den Buchhalter Schmitt und seinen Begleiter Kuznicki ermordet und beraubt haben, hat die Direktion der Warschauer Aktiengesellschaft, in deren Dienst die beiden Ermordeten gestanden haben, eine Belohnung von 1000 Rub., außerdem für die Herbeischaffung des geraubten Geldes 5000 Rubel ausgesetzt. Der Buchhalter Schmitt war 63, der Beamte Kuznicki ca. 50 Jahre alt; ersterer wohnte in Warschau, letzterer in Ostrowy, dem Sitze der Zuckersiederei; beide waren verheirathet.

— (Unfall). Der Unfug der Dienstboten, auf dem Trottoir Wasser zu tragen und solches dabei zu vergießen, führte gestern am altstädtischen Markt einen Unfall herbei. Ein Besitzer aus Nessau, der als Schöffe fungirt hatte, glitt auf dem glatten Trottoir aus und fiel mit voller Wucht zu Boden, wobei er sich die rechte Hand verstauchte.

— (Polizeibericht). In polizeilichen Gewahrsam wurden 3 Personen genommen.

— (Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand am Windepegel betrug mittags 0,85 Meter über Null. — In der Nacht war das Wasser auf 1,00 Meter gestiegen und fiel morgens wieder schnell. Die Weichsel geht heute in der ganzen Strombreite dicht gedrängt mit Eis. Bei der jetzigen Kälte und dem scharfen Ost-Nordostwinde kann das Eis der Weichsel in 5 Tagen zum Stehen kommen. Gegenüber dem Ganott-schen Schiffbauplatze stehen 2 Kähne in der Weichsel vor Anker, die so stark mit Eis unterpackt sind, daß sie nicht von der Stelle können.

— (Viehmarkt). Auf dem gestrigen Viehmarkt waren aufgetrieben 37 Schweine, darunter 20 fette, welch letztere mit 34—38 Mk. pro 50 kg Lebendgewicht bezahlt wurden.

Mannigfaltiges.

(Hochwasser). Die niederen Stadttheile von Wismar und von Rostock sind überflutet. Bei Poel strandete ein schwedischer Schuner; die Mannschaft wurde gerettet. — Das Erfurter Eisenbahn-Betriebsamt giebt bekannt: Beide Geleise zwischen Station Großheringen und Kösen sind durch Hochwasser überschwemmt und unfahrbar. — Das Hochwasser hat im Saalethaal große Verheerungen angerichtet. Die 800 Jahre alte Saalebrücke in Kösen und mehrere Häuser wurden weggerissen; in Lengefeld sind ebenfalls mehrere Häuser fortgerissen und das Unstrutthal ist überflutet. Der Wasserstand in Kösen ist höher als im Jahre 1799. — In den Jenaischen Nachbarorten Wenigenjena und Kamsdorf sind durch das Hochwasser fünfzehn Häuser zerstört worden; auch einige Personen sollen umgekommen sein. Der Eisenbahndamm der Saalebahn bei Löbstedt ist 50 m weit weggespült.

(Ertrunkene Bergleute). Aus dem überschwemmten Annaschacht in Brüx sind bisher 33 Todte hervorgeholt worden.

(Erdbeben). Gestern Morgen 5½ Uhr wurde in Agram ein schwaches Erdbeben verspürt.

(Grubenexplosion). In einem Kohlenbergwerke bei Bolton (England) hat eine Explosion von Kohlengasen stattgefunden und wurden 8 Bergleute dabei getödtet.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	27. Nov.	26. Nov.
Tendenz der Fondsbörse: fest.		
Russische Banknoten p. Kassa	237—70	234—50
Wechsel auf Warschau kurz	237—50	234—
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	97—50	97—50
Polnische Pfandbriefe 5 %	70—	68—70
Polnische Liquidationspfandbriefe	66—50	66—20
Westpreußische Pfandbriefe 3½ %	95—70	95—90
Diskonto Kommandit Antheile 14%	208—10	205—70
Oesterreichische Banknoten	177—	177—
Weizen gelber: November	194—50	192—75
April-Mai	193—25	192—50
loko in Newyork	105—50	105—25
Roggen: loko	183—	183—
November	186—20	185—20
Novbr.-Dezbr.	179—70	179—50
April-Mai	169—50	169—50
Rüböl: November	59—80	60—
April-Mai	58—30	58—60
Spiritus:		
50er loko	62—10	60—70
70er loko	42—60	41—20
70er November	42—60	41—90
70er April-Mai	43—20	42—80

Diskont 5½ pCt., Lombardzinsfuß 6 pCt. resp. 6½ pCt.

Königsberg, 26. November. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter pCt. ohne Faß fester. Ohne Zufuhr. Loko kontingentirt 61,25 M. Gd. Loko nicht kontingentirt 41,25 M. Gd.

Getreidebericht der Thorner Handelskammer für Kreis Thorn.
Thorn den 27. November 1890.

Wetter: starker Frost.

(Alles pro 1000 Kilo ab Bahn.)

Weizen unverändert, 126/7 Pfd. hell 181 M., 129 Pfd. hell 184/5 M., 131/2 Pfd. hell 186/7 M.
Roggen gute Waare sehr knapp und gefragt, 116 Pfd. 168/9 M., 119 Pfd. 170 M., 121/2 Pfd. 172 M.
Gerste flau, Brauwaare 147—155 M., Futterwaare 118—124 M.
Erbsen Mittelwaare 132—135 M., Futterwaare 129—132 M.
Hafer 130—138 M.

Meteorologische Beobachtungen in Thorn.

Datum	St.	Barometer mm.	Therm. oC.	Windrichtung und Stärke	Bewölk.	Bemerkung
26. Novbr.	2hp	760.5	— 14.1	NE5	10	
	9hp	761.8	— 14.1	NE5	10	
27. Novbr.	7ha	762.0	— 14.1	NE4	3	

Berichtigung: Am 25. Nov. 7ha Temperatur — 10.8 statt + 0.8.

Kirchliche Nachrichten.
Freitag den 28. November 1890.
Evangelisch-lutherische Kirche:
Abends 6½ Uhr: Johannes Goßner. Herr Pastor Rehm.

„Leibitscher Mühlen“ Actien-Gesellschaft.

Aufforderung zur Actienzeichnung!

Die Unterzeichneten haben sich den Ankauf der **Leibitscher Mühlen** von Herrn **C. Weigel** für den Preis von **476 600 Mark** bis zum **1. März 1891** gesichert und beabsichtigen, dieselbe in eine **Actien-Gesellschaft** umzuwandeln.

In Folge mehrerer Vergünstigungen, die uns noch in Aussicht stehen, wird sich der Preis wahrscheinlich auf **470 000 Mark** ermäßigen.

Zu diesen 470 000 Mark treten noch für den beabsichtigten Ausbau der Mühlen ca. **80 000 Mark** hinzu und ferner ca. **150 000 Mark,** welche als Betriebskapital vorgesehen sind.

Diese drei Posten zusammen betragen **700 000 Mark.**

Wir nehmen an, daß uns **200 000 Mark** als Hypothek sicher sind und wollen den Rest von

500 000 Mark durch 500 Actien à 1000 Mark

beschaffen.

Die Actien haben wir in **Actien Litt. A.** und **Litt. B.** getheilt.

Litt. A. sind diejenigen Actien, auf welche die Einlage durch Baarzahlung erfolgt.

Litt. B. sind diejenigen, auf welche die Einlagen durch Wechsel- und andere Forderungen gemacht werden, **welche die zeitigen Gläubiger an Herrn C. Weigel haben.**

Die Actien Litt. A. genießen vor den Actien Litt. B. betreffs des Antheils am Gesellschaftsvermögen ein Vorzugsrecht dergestalt, daß sie im Fall der Auflösung der Gesellschaft aus dem Vermögen derselben vorweg vor den Actien Litt. B. zu ihrem vollen Nennbetrage zur Hebung gelangen und erst, wenn dieses geschehen, die Actien Litt. B. zur Hebung kommen.

Der etwa dann noch verbleibende Ueberschuß des Gesellschaftsvermögens wird gleichmäßig auf die Actien Litt. A. und B. vertheilt.

Bezüglich der **Dividende** genießen die Actien Litt. A. ein Vorrecht dahin, daß dieselben beim Jahresschluß vom Reingewinn **5 %** **Dividende** vorweg erhalten; bleibt dann noch ein Reingewinn übrig, so erhalten davon die Actien Litt. B. ebenfalls bis **5 %** **Dividende.** Ein noch weiterer Reingewinn wird dann gleichmäßig auf alle Actien Litt. A. und B. vertheilt.

Von den Actien Litt. B. sind 197 Actien à 1000 Mark bereits fest übernommen; da wir im ganzen 500 Actien à 1000 Mark vorgesehen haben, so legen wir nunmehr noch

303 Actien Litt. A. zur Zeichnung auf.

Nachstehende Firmen nehmen bis zum 15. Dezember 1890 Zeichnungen entgegen:

Bankcommandite M. Friedländer, Beck & Co., Bromberg.
Nathan Cohn, Thorn. **W. Landeker, Thorn.** **Jacob Landeker, Thorn.** **L. Simonsohn, Thorn.**
Thorner Creditgesellschaft, Gustav Prowe, Thorn. **Bank für landwirthschaftliche Interessen, M. Weinschenck zu Thorn.**
Bank für Landwirthschaft und Industrie, von Kwilecki, Potocki & Co., Posen. **Culmsee'r Volksbank, J. Scharwenka, Culmsee.**
Johs. Barck, Danzig.

Die Zeichnungen werden am 15. Dezember 1890 geschlossen und werden unverbindlich, falls die Errichtung der Gesellschaft nicht bis zum 15. März 1891 beschlossen ist.

Die Zeichnungsscheine, auf denen alle wichtigen Bestimmungen der Statuten abgedruckt sind, sind von den vorbezeichneten Firmen unentgeltlich zu beziehen.

Wir behalten uns das Recht vor, die Zeichnungen auch früher zu schließen und bei Ueberzeichnung des Kapitals eine Reduction der Zeichnungen eintreten zu lassen.

Laut § 8 des Statuts soll die erste Einzahlung von 30 % acht Tage nach Schluß der Zeichnungen erfolgen, weitere Einzahlungen in Raten je nach Bedarf und nach Bestimmung des Aufsichtsraths.

Betreffs Rentabilität des Unternehmens sind zwei zuverlässige, praktische Sachverständige zu Rathe gezogen. Dieselben schätzen beide den Reinertrag der **Leibitscher Mühlen,** nachdem die Weizenmühlen ausgebaut sind, unter gewöhnlichen Verhältnissen auf rund **50 000 Mark,** was einer Verzinsung des in Betracht kommenden Kapitals von über **7 %** gleichkommen würde. Beide Sachverständige sind der Meinung, daß die Verzinsung bei umsichtiger Leitung und nicht zu ungünstigen Conjuncturen voraussichtlich eine erheblich höhere sein wird.

Andererseits ist die Möglichkeit einer geringeren Verzinsung bei sehr ungünstigen Conjuncturen nicht ausgeschlossen, voraussichtlich aber nur bei Actien Litt. B.

Die gerichtliche Taxe vom 5. Dezember 1888 stellt fest, daß in Leibitsch in den 10 Jahren von 1878 bis 1887 durchschnittlich jährlich 5682 Tonnen Getreide und 164 Tonnen Schroot vermahlen sind. Auf Grund dieser Zahlen ist in der gerichtlichen Taxe der Werth des Grundstücks unter Zugrundlegung einer Ertragstaxe auf **689 283 Mark** berechnet.

Die Unterzeichneten haben aber eine bedeutend größere Vermahlung von Getreide ins Auge gefaßt.

Der Civilingenieur und Mühlenbaumeister **J. Heyn** in **Stettin** giebt in seinem Gutachten vom 27./11. 1888 sein Urtheil über **Leibitsch** als gerichtlich vereidigter Taxator dahin ab, daß ihm der ganze Lauf des Drewenzflusses und seine Zuflüsse aus eigener Anschauung bekannt sei und er daher die in **Leibitsch** vorliegende Wasserkraft als eine **vorzügliche** bezeichnen müsse.

Nach angestellten Beobachtungen habe er die Durchschnittswasserkraft des Jahres in **Leibitsch** mittelst des **Woltmann**'schen Flügels gemessen und dabei ein Wasserquantum von **21 Kubikmeter per Sekunde,** sowie ein Gefälle von **2,1 Meter,** ebenfalls als Jahresdurchschnitt, ermittelt.

Diese Zahlen ergäben bei 68 % Nutzeffect eine effective Kraft von

☛ 400 Pferdekräften, ☚

diese Kraft sei aber bei dem bisherigen Betriebe nur auf etwa 100 Pferdekräfte ausgenutzt.

Nach der Taxe vom 5./12. 1888 gehören zu **Leibitsch** 33 Hectar Acker in hoher Cultur.

Das im vorigen Jahre abgebrannte Gebäude, in dem sich die Weizenmühlen befanden, ist neu aufgebaut und befindet sich unter Dach; die Maschinen sind noch nicht eingestellt.

Alle übrigen Gebäude und Mühleneinrichtungen, die Schleusen und Dämme befinden sich in vorzüglichem baulichen Zustande.

Der Aalfang in Leibitsch hat in den 10 Jahren von 1878 bis 1887 laut gerichtlicher Taxe, welcher die Buchführung zu Grunde liegt, durchschnittlich jährlich **1664 Mark,** die **Schleusengelder 2616 Mark,** zusammen **4280 Mark** eingebracht.

Schließlich wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß bei der beabsichtigten Umwandlung der **Leibitscher Mühlen** in eine **Actien-Gesellschaft** jeder Gründergewinn ausgeschlossen ist.

E. Block, Gutsbesitzer, **Schönwalde** bei **Thorn.**
Emil Dietrich in Firma **C. B. Dietrich & Sohn, Thorn.** **Gustav Fehlauer,** Kaufmann, **Thorn.**
F. Guntemeyer, Browina bei **Culmsee,** Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirter. **F. Hübner** in Firma **Gustav Weese, Thorn.**
M. Weinschenck, Gutsbesitzer, **Lulkau** bei **Thorn.**

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.